



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach 10 25 45 • 44025 Dortmund

Bad Lippspringe  
vertreten durch Dirkschnieder Lars  
Peter-Hartmann-Allee 1  
33175 Bad Lippspringe

Datum: 27.12.2023

Seite 1 von 7

Aktenzeichen  
64.65.23.72-01551  
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:  
Nordrhein-Westfalen direkt  
Mo - Fr (8-18 Uhr)

Telefon: 0211/837-1927

## **Zuwendung im Rahmen des Landesprogramms NRW**

### **progres.nrw – Klimaschutztechnik**

#### **Programm für Rationelle Energieverwendung, Regenerative Energien und Energiesparen – Programmbereich Klimaschutztechnik**

Richtlinie gemäß Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie Nordrhein-Westfalen vom 31.03.2023

Projektförderung: Photovoltaik-Dachanlagen mit/ohne Batteriespeicher auf kommunalen Gebäuden

Ihr Antrag vom 03.12.2023,

Anlagen: - Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen  
zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G)  
- Fachunternehmererklärung

**Dienstgebäude:**  
Goebenstraße 25  
44135 Dortmund

progres@bra.nrw.de  
www.bra.nrw.de

**Kontoverbindung:**  
NRW.Bank

IBAN:  
DE89 3002 2000 0300 1001 12  
BIC:  
NRWBDE33HAN

**Umsatzsteuer ID:**  
DE 123878675

### **I.**

#### **1. Bewilligung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren v. g. Antrag bewillige ich Ihnen für die Zeit vom heutigen Tage bis zum Ablauf des 31.01.2025 (Bewilligungszeitraum)

eine Zuwendung in Höhe von

**245.740,00 EUR**

(in Worten: zweihundertfuenfundvierzigtausendsiebenhundertvierzig EUR).

#### **2. Zur Durchführung folgender Maßnahme**

- 2.1. Errichtung einer Photovoltaik-Dachanlage mit/ohne Batteriespeicher auf kommunalen Gebäuden am Standort:

An der Martinusquelle	10	33175	Bad Lippspringe
-----------------------	----	-------	-----------------

- 2.2. Die Maßnahme ist vom heutigen Tage bis zum Ablauf des 31.01.2025 durchzuführen (Durchführungszeitraum).

- 2.3. Zweckbindungsdauer:

Die Zweckbindungsfrist für die beantragte Maßnahme beträgt fünf Jahre und beginnt mit Ablauf des Bewilligungszeitraums (siehe Ziffer I.1).

### 3. Finanzierungsart

Die Zuwendung wird in der Art der Festbetragsfinanzierung als Zuschuss gewährt.

Die Förderhöhe beträgt max. 90 %.

Die Förderhöchstgrenze liegt bei 350.000 Euro.

### 4. Ermittlung der Zuwendung

Vorsteuerabzugsberechtigt

Nein

#### **Berechnung der Förderhöchstgrenze aller Fördermittel**

Zuwendungsfähige Ausgaben gemäß Antrag	324.930,69 €
Abzügl. weitere nicht öffentliche Fördermittel	0,00 €
Abzügl. weitere öffentliche Fördermittel	0,00 €
Förderhöchstgrenze aller Fördermittel	273.051,00 €

#### **Pauschale Zuwendung**

Förderfestbetrag (90,00 %)	245.740,00 €
----------------------------	--------------

<b>Bewilligte Zuwendung</b> (unter Berücksichtigung der Förderhöchstgrenze)	245.740,00 €
--	--------------

5. **Auszahlung**

Die Zuwendung wird in Abweichung von Ziffer 1.4 ANBest-G im Rahmen des Ausgabenerstattungsprinzips in einem Betrag nach Prüfung des Verwendungsnachweises (siehe Ziffer II.2) ausgezahlt.

6. **Verwendungsnachweis**

In Abweichung von Ziffer 7.1 ANBest-G ist der Verwendungsnachweis bis spätestens zum Ablauf des Bewilligungszeitraums (siehe Ziffer I.1) bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

## II.

### Nebenbestimmungen

Die beigelegten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G) sind Bestandteil dieses Bescheides.

Abweichend oder ergänzend hierzu wird Folgendes bestimmt:

1. Der Zuwendungsbescheid wird unwirksam, wenn die Maßnahme nicht innerhalb des Durchführungszeitraums (siehe Ziffer I.2.2) durchgeführt wurde(n), das heißt seiner/ihrer Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden kann/können, und/oder der entsprechende Verwendungsnachweis nicht fristgerecht vorgelegt wurde (auflösende Bedingung).
2. Für die Auszahlung der Zuwendung ist unter dem Link [https://foerderportal.nrw.de/lip/action/invoke.do?id=VERWENDUNG\\_FG72](https://foerderportal.nrw.de/lip/action/invoke.do?id=VERWENDUNG_FG72) der „Verwendungsnachweis und Auszahlungsantrag“ auszufüllen.
3. Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, innerhalb der Zweckbindungsfrist (s. Ziffer I. 2.3) im Rahmen einer Vollprüfung (vgl. Ziffer 8 ANBest-G) folgende Unterlagen zu prüfen:
  - Nachweis der Antragsberechtigung gemäß Antragstellung
  - Auftragsbestätigung
  - Rechnung(en)
  - Zahlungsnachweis(e) (Kontoauszug oder Bestätigung des Kreditinstituts über die ausgeführte Überweisung. Barquittungen, Einzahlungsbelege, Umsatzanzeigen usw. sind nicht zulässig)
  - Fachunternehmererklärung
4. Die Höhe aller Fördermittel (auch nicht öffentliche) für die Maßnahme ist auf 100 % der zuwendungsfähigen Ausgaben begrenzt. Durch das Verwendungsnachweisverfahren kann die Zuwendungshöhe gegebenenfalls neu festgelegt werden.

Werden neben der gewährten Zuwendung weitere Fördermittel (auch nicht öffentliche) beantragt, so ist dieser Zuwendungsbescheid der bewilligenden Stelle zwecks Prüfung der Förderhöchstgrenze vorzulegen.
5. Eine Kumulierung mit Mitteln aus anderen Förderprogrammen des Landes Nordrhein-Westfalen ist ausgeschlossen.
6. Das Verhältnis der installierten Leistung der Photovoltaikanlage in kWp zur Kapazität des Batteriespeichers in kWh, darf maximal 1 zu 2 betragen.

7. Es ist in den ersten drei Jahren nach Inbetriebnahme der Anlage nachzuweisen, dass nicht mehr als 20 Prozent des jährlich erzeugten Stroms der Photovoltaikanlage in das öffentliche Netz eingespeist und entsprechend vergütet wurden. Anschließend ist eine selbstverpflichtende Erklärung zu hinterlegen, dass sich der Antragssteller bei der Bewilligungsbehörde meldet, sobald mehr als 20 Prozent des jährlich erzeugten Stroms der Photovoltaikanlage in das öffentliche Netz eingespeist und entsprechend vergütet wurde. Die Gewinne aus dem in das öffentliche Netz eingespeisten Strom sind in die nicht-wirtschaftlichen Tätigkeiten der Kommune zu reinvestieren.
8. Planungsausgaben sind nicht förderfähig.
9. Die Bewilligungsbehörde behält sich die nachträgliche Änderung oder Ergänzung von Auflagen vor.

**Hinweise:**

Die Fristen des Zuwendungsbescheides können in Ausnahmefällen verlängert werden. Setzen Sie sich dazu rechtzeitig vor Ablauf der Frist mit der Bewilligungsbehörde in Verbindung (vgl. Ziffer 5 ANBest-G).

### III.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht

Minden, Königswall 8, 32423 Minden

erheben. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht einzureichen oder zur Niederschrift der Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Es muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Die technischen Rahmenbedingungen für die Übermittlung und die Eignung zur Bearbeitung durch das Gericht bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Wird die Klage durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, eine Behörde oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse erhoben, muss sie nach § 55d Satz 1 VwGO als elektronisches Dokument übermittelt werden. Dies gilt nach § 55d Satz 2 VwGO auch für andere nach der VwGO vertretungsberechtigte Personen, denen ein sicherer Übermittlungsweg nach § 55a Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 VwGO zur Verfügung steht.

Ist eine Übermittlung als elektronisches Dokument aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt auch bei diesem Personenkreis nach § 55d Satz 1 und 2 VwGO die Klageerhebung mittels Schriftform oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

Hinweis:

Datum:  
27.12.2023  
Seite  
7  
von  
7

Aktenzeichen  
64.65.23.72-01551

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag  
Bremke

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.

## **Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G)**

Die ANBest-G enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne des § 36 VwVfG NRW sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

### **Inhalt**

Nr. 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung  
Nr. 2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung  
Nr. 3 Vergabe von Aufträgen  
Nr. 4 Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände  
Nr. 5 Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers Nr. 6 Rechnungslegung (Baumaßnahmen)  
Nr. 7 Nachweis der Verwendung  
Nr. 8 Prüfung der Verwendung  
Nr. 9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

### **1**

#### **Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

##### **1.1**

Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

##### **1.2**

Alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Beiträge und Spenden) und der Eigenanteil der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen. Der Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich.

##### **1.3**

Die Ausführung einer Baumaßnahme muss der der Bewilligung zugrundeliegenden Planung sowie den technischen Vorschriften entsprechen. Von den Bauunterlagen darf nur insoweit abgewichen werden, als die Abweichung nicht erheblich ist. Eine Abweichung ist erheblich, wenn sie zu einer wesentlichen Änderung des Bau- und/oder Raumprogramms (baufachlich) führt und/oder das Gesamtergebnis des Finanzierungsplans überschritten wird.

##### **1.4**

Die Zuwendung darf nur soweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten. Im Übrigen darf die Zuwendung wie folgt in Anspruch genommen werden:

1.4.1 bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers,

1.4.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers verbraucht sind. Wird

ein im Haushaltsjahr zu deckender Fehlbedarf anteilig durch mehrere Zuwendungsgeber finanziert, so darf die Zuwendung nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeber angefordert werden.

##### **1.5**

Bei der Förderung von Hochbauvorhaben erfolgt die Auszahlung in folgenden Teilbeträgen:  
35 Prozent der Zuwendung nach Vergabe des Rohbauauftrages,  
35 Prozent der Zuwendung nach Anzeige der Fertigstellung des Rohbaus, 30 Prozent der Zuwendung nach Anzeige der abschließenden Fertigstellung der genehmigten baulichen Anlagen.  
Nr. 1.4 Satz 2 gilt entsprechend.

##### **1.6**

Bei Fortsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Betriebskostenbezuschussung (Festbetragsfinanzierung) von Personal- und Sachausgaben werden die Zuwendungen anteilig zum 1.5. und 1.10. des Haushaltsjahres ohne Anforderung ausgezahlt.

### **2**

#### **Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung**

Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für den Zuwendungszweck, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich - außer bei einer Festbetragsfinanzierung - die Zuwendung

2.1 bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers,

2.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag.

### **3**

#### **Vergabe von Aufträgen**

##### **3.1**

Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks sind die nach dem Kommunalhaushaltsrecht anzuwendenden Vergabegrundsätze in der zum Zeitpunkt der Vergabe gültigen Fassung zu beachten.

##### **3.2**

Verpflichtungen der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers als Auftraggeber/-in gemäß Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bleiben unberührt.

##### **3.3**

Die verpflichtende Anwendung des Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) bleibt unberührt.

### **4**

#### **Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände**

Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden. Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht verfügen.



## 5

### **Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers**

Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen, wenn

#### 5.1.

sie oder er nach Vorlage des Finanzierungsplans weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn sie oder er - ggf. weitere - Mittel von Dritten erhält,

5.2 der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,

5.3 sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,

5.4 die angeforderten oder ausgezahlten Beträge in den Fällen der Nr. 1.4 nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können,

#### 5.5

Gegenstände nicht mehr entsprechend dem Verwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden.

## 6

### **Rechnungslegung (Baumaßnahmen)**

#### 6.1

Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger muss für jede Baumaßnahme eine Baurechnung führen. Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Bauobjekten/Abschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen.

#### 6.2

Die Baurechnung besteht aus

##### 6.2.1

dem Bauausgabebuch (bei Hochbauten nach DIN 276 gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides); werden die Einnahmen und Ausgaben für das geförderte Bauobjekt von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen, entsprechen die Bücher unmittelbar oder durch ergänzende Aufzeichnungen den Inhalts- und Gliederungsansprüchen und können sie zur Prüfung dem Verwendungsnachweis beigelegt werden, so braucht ein gesondertes Bauausgabebuch nicht geführt zu werden,

6.2.2 den Rechnungsbelegen, bezeichnet und geordnet entsprechend Nr. 6.2.1,

6.2.3 den Abrechnungszeichnungen und Bestandsplänen,

6.2.4 den Verträgen über die Leistungen und Lieferungen mit Schriftverkehr,

6.2.5 den bauaufsichtlichen Genehmigungen,

6.2.6 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,

6.2.7 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegten Bauunterlagen,

##### 6.2.8

der Berechnung der ausgeführten Flächen und des Rauminhalts nach DIN 277 (nur bei Hochbauten) und bei Wohnbauten die Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283,

##### 6.2.9 dem

Bautagebuchs

## 7

### **Nachweis der Verwendung**

#### 7.1

Die Verwendung der Zuwendung ist bei Investitionsmaßnahmen innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Verwendungszwecks, spätestens jedoch mit Ablauf des sechsten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis). Bei der Förderung von Betriebskosten (Personal- und Sachausgaben) ist der Verwendungsnachweis innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Maßnahme, spätestens jedoch mit Ablauf des dritten Monats nach Ablauf des Haushaltsjahres vorzulegen.

#### 7.2

Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Auf die Vorlage der Bücher und Belege wird verzichtet. In dem Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.

#### 7.3

In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis kurz darzustellen und den vorgegebenen Zielen gegenüberzustellen. Im Sachbericht ist auf die wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises einzugehen. Ferner ist die Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit zu erläutern. Dem Sachbericht sind die Berichte der von der Zuwendungsempfängerin oder dem Zuwendungsempfänger beteiligten technischen Dienststellen beizufügen.

#### 7.4

In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Verwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Spenden und eigene Mittel) und Ausgaben enthalten. Soweit die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz hat, sind nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) nachzuweisen.

#### 7.5

Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger hat Bücher, Belege und alle sonstigen mit der Zuwendung zusammenhängenden Unterlagen, hierzu zählen auch alle Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen, fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Die Aufbewahrung kann auch elektronisch erfolgen. Das

Verfahren muss den Grundsätzen einer für die Gemeinden (GV) allgemein zugelassenen Regelung entsprechen.

#### 7.6

Darf die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Zuwendungszwecks Mittel an Dritte weiterleiten, sind die von den empfangenden Stellen ihr oder ihm zu erbringenden Verwendungsnachweise dem Verwendungsnachweis nach Nr. 7.1 beizufügen.

### 8

#### **Prüfung der Verwendung**

##### 8.1

Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen zur Prüfung anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch Einsicht in die Bücher und sonstigen Geschäftsunterlagen örtlich zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

##### 8.2

Der Landesrechnungshof ist berechtigt, bei allen Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfängern zu prüfen. Die überörtliche Prüfung nach den Vorschriften der Gemeindeordnung bleibt unberührt.

##### 8.3

Der Europäische Rechnungshof ist berechtigt, bei der Zuwendungsempfängerin oder dem Zuwendungsempfänger zu prüfen, soweit die Ausgaben ganz oder teilweise zu Lasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft geleistet werden.

### 9

#### **Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**

##### 9.1

Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht (insbesondere §§ 48, 49 VwVfG NRW) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen wird oder sonst unwirksam wird.

##### 9.2

Der Erstattungsanspruch wird insbesondere festgestellt und geltend gemacht, wenn

9.2.1 eine auflösende Bedingung eingetreten ist,

9.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,

9.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,

9.2.4 nach Nr. 2 die Ausgaben sich nachträglich ermäßigen oder eine Änderung der Finanzierung eingetreten ist.

##### 9.3

Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger

9.3.1 in den Fällen der Nr. 1.4 Satz 1 ausgezahlte

Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet oder

##### 9.3.2

Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt, die Vergabegrundsätze nicht beachtet (Nr. 3.1) oder Mitteilungspflichten (Nr. 5) nicht rechtzeitig nachkommt.

##### 9.4

Der Erstattungsanspruch ist mit fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz jährlich zu verzinsen (§ 49a Abs. 3 Satz 1 VwVfG NRW).

##### 9.5

Werden ausgezahlte Beträge in den Fällen der Nr. 1.4 Satz 1 nicht innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz jährlich verlangt werden (§ 49a Abs. 4 VwVfG NRW). Entsprechendes gilt, wenn die Zuwendung in Anspruch genommen wird, obwohl etwaige Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber, vorgesehene eigene oder sonstige Mittel der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers anteilig oder vorrangig einzusetzen sind.



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach 10 25 45 • 44025 Dortmund

Bad Lippspringe  
vertreten durch Dirkschnieder Lars  
Peter-Hartmann-Allee 1  
33175 Bad Lippspringe

Datum: 26.11.2024

Seite 1 von 2

Aktenzeichen  
64.65.23.72-01551  
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:  
Nordrhein-Westfalen direkt  
Mo - Fr (8-18 Uhr)

Telefon: 0211/837-1928

**progres.nrw**

**Programm für Rationelle Energieverwendung, Regenerative  
Energien und Energiesparen – Programmbereich  
Klimaschutztechnik**

Richtlinie gemäß Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie Nordrhein-Westfalen vom 31.03.2023

Projektförderung: Photovoltaik-Dachanlagen auf kommunalen Gebäuden  
zusammen mit einem Batteriespeicher

Zuwendungsbescheid vom 27.12.2023

Ihr Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums vom 22.11.2024

**Dienstgebäude:**  
Goebenstraße 25  
44135 Dortmund

progres@bra.nrw.de  
www.bra.nrw.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

antragsgemäß verlängere ich in Abänderung der Ziffern I.1 und I. 2.2 des o. a.  
Zuwendungsbescheides den Bewilligungs- und Durchführungszeitraum bis zum  
31.12.2026.

Bitte beachten Sie, dass eine weitere Verlängerung über den oben genannten  
Zeitraum hinaus grundsätzlich nicht möglich ist.

Ich weise darauf hin, dass der Verwendungsnachweis bis zum Ablauf des  
genannten Datums bei der Bewilligungsbehörde vorgelegt werden muss.

Der Zuwendungsbescheid wird unwirksam, wenn der Verwendungsnachweis  
nicht rechtzeitig innerhalb des Bewilligungszeitraumes hier vorliegt.

Alle weiteren Bestimmungen des Zuwendungsbescheides behalten weiterhin  
Gültigkeit.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

**Kontoverbindung:**  
NRW.Bank

IBAN:  
DE89 3002 2000 0300 1001 12  
BIC:  
NRWBDE33HAN

**Umsatzsteuer ID:**  
DE 123878657

Datum:  
26.11.2024  
Seite  
2  
von  
2

Aktenzeichen  
64.65.23.72-01551

Klingelhöfer

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.

## Fachunternehmererklärung

Hiermit bestätigen wir, dass am Standort

-----  
die unten aufgeführten Anforderungen in Bezug auf die Errichtung und die Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage und des Batteriespeichersystems erfüllt wurden.

### 1. Fachkompetenz

- a) Die erforderliche Eintragung des errichtenden und in Betrieb nehmenden Unternehmens in das Installateur Verzeichnis eines Verteilnetzbetreibers ist gegeben.

Verteilnetzbetreiber: \_\_\_\_\_

Eintragungsnummer: \_\_\_\_\_

- b) Errichtung und Inbetriebnahme erfolgten durch eine Elektrofachkraft nach DIN VDE 1000-10 bzw. Unfallverhütungsvorschrift DGUV Vorschrift 3.

- c) Die erforderlichen Schulungen wurden absolviert (Kopien der Schulungszertifikate sind beigelegt)

2. Die Errichtung erfolgte nach den zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme existierenden gültigen Anwendungsregeln, Netzanschlussrichtlinien und Normen.

3. Die Vorgaben des Sicherheitskonzeptes des Herstellers wurden eingehalten.

4. Die fachgerechte Errichtung und Inbetriebnahme wurde dokumentiert und eine Dokumentation wurde an den Antragsteller übergeben.

5. Der Antragsteller wurde in den Betrieb der Anlage eingewiesen.

	Stempel des Sachverständigen
Name	
Straße	
PLZ / Ort	
Unterschrift	
Datum:	